



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 22.06.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Personalbericht 2010

Vorl.Nr. 257/10

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist einleitend auf die vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 257/10.

Anschließend erläutert Herr **Heß** (FB Organisation und Personal) den Personalbericht 2010. In seinen Ausführungen geht er insbesondere auf die Anzahl der Mitarbeiter, die Altersstruktur, auf die Ausbildungs- und Teilzeitquote sowie auf die Fehlzeitenquote ein. Er weist darauf hin, dass im Bericht die Fehlzeitenquote falsch ausgewiesen sei und richtig 6,2 % lauten müsse. Er bietet dem Gremium an, diese Seiten im Bericht auszutauschen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen geht er dann auf die Perspektiven für die Personalarbeit ein und stellt abschließend fest, dass der Personalbericht in den nächsten Jahren fortgeschrieben und dann wieder dem Gremium vorgestellt werden solle.

Es folgt dann anschließend eine Aussprache innerhalb des Gremiums zum vorliegenden Personalbericht 2010. In diesem Rahmen wird von den Stadträten Frau **Kopf** und **Weiss** angemerkt, dass es relativ wenige alternierende Heim- und Telearbeitsplätze gebe.

Stadtrat **Weiss** bemängelt außerdem den fehlenden Vergleich mit anderen Städten.

Die Stadträte **Dr. Heer** und Frau **Haberzeth-Grau** sprechen die Fehlzeitenquote und die Langzeitkranken an und werfen die Fragen auf, weshalb die Langzeitkranken nicht pensioniert werden bzw. nicht aus der Statistik herausgerechnet werden.

Die gestellten Fragen werden von Herrn **Heß** beantwortet. Er führt zum Thema alternierende Heim- und Telearbeit aus, dies sei ein Angebot der Verwaltung, aber nicht jeder Arbeitsplatz sei dafür geeignet. Zur Frage der Frühverrentung merkt er an, mit den betroffenen Personen würden entsprechende Gespräche geführt, dieses Thema hänge jedoch nicht allein von der Stadt ab, sondern auch von den Versorgungsämtern. Weiter fährt er fort, die Langzeiterkrankte habe man aus der Statistik nicht herausgerechnet, da man sich am Vorgehen des Städtetags orientiert habe. Außerdem erläutert er auf Nachfrage aus dem Gremium das System der Leistungszulage.

Stadtrat **Dr. Vierling** erkundigt sich, ob die Personalausgaben auch eine Kategorie der Konsolidierungsvorschläge seien und ob e seine Zielgröße für die Personalausgabenquote gebe.

Stadtrat **Dr. Bohn** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dazu zuvor eine Aufgabenkritik notwendig sei.

OBM **Spec** merkt an, Herr Kiedaisch werde das Thema Personalkosten auflisten. Abschließend stellt er fest, der Bericht sei erfolgt.

Empfehlungsbeschluss:

- 1.) Der Gemeinderat stimmt dem vorgeschlagenen Ziel zu, trotz der hohen Steuerausfälle infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2013 **möglichst ohne** Kreditaufnahmen auszukommen.
- 2.) Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, stimmt der Gemeinderat dem Vorschlag der Verwaltung zu, über das bislang schon erreichte Konsolidierungsvolumen von rd. 17 Mio. EUR/pro Jahr hinaus weitere 35 Mio. EUR im Zeitraum 2010 bis 2013 als Paket zu schnüren. Von diesen 35 Mio. EUR sollen mind. 7,5 - 12,5 Mio. EUR auf den Verwaltungshaushalt, mind. 22,5 Mio. EUR auf den Vermögenshaushalt entfallen.
- 3.) Sollten aufgrund von äußeren Einflüssen, welche die Stadt nicht beeinflussen kann, Kreditaufnahmen unabdingbar werden, wird die Höhe der Kredite im Finanzplanungszeitraum auf maximal 10 Mio. EUR gedeckelt.
- 4.) Die Verwaltung wird ermächtigt und beauftragt, dieses Ziel sowohl in die Vorbereitung des Nachtragshaushalts 2010 als auch des Haushaltsplanentwurfs 2011 und die mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Ziffer 1 wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Ziffer 2 wird mit 12 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ziffer 3 wird mit 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 4 wird mit 12 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 282/10. Er führt aus, man habe in den vergangenen Beratungen dargelegt, dass man bis zum Jahr 2009 ein jährliches Konsolidierungsvolumen in Höhe von etwa 8 Mio. Euro pro Jahr erreicht habe. Überwiegend durch Kosteneinsparungen im Verwaltungshaushalt aber auch durch die Verbesserung von Einnahmen, Erhöhung von Gebühren und Steuern, die man in diesem Zusammenhang beschlossen habe. Im Jahr 2010 habe man außerordentliche Steuerausfälle zu verzeichnen. Im Haushaltsjahr 2010 habe man Steuer- und Einnahmeausfälle in Höhe von 25 Mio. Euro, auch mit entsprechenden Auswirkungen für die Folgejahre. Dies war für die Verwaltung der Anlass zunächst in einem ersten Schritt mit dem Gemeinderat eine Zielgröße von 8 bis 11 Mio. Euro weitere Haushaltskonsolidierungsanstrengungen pro Jahr aufzusatteln. Dies habe man im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf 2010 so beschlossen. Innerhalb dieser Bandbreite von 8 bis 11 Mio. Euro sei man zu

einem zusätzlichen Konsolidierungsanteil von 9 Mio. Euro gekommen. In der Summe 17 Mio. Euro, ab dem Jahr 2010. Man habe eine Konsolidierungsliste mit etwa 200 Einzelmaßnahmen zusätzlich aufgestellt. Man habe im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen 2010 angekündigt, wenn man das schwierige Haushaltsjahr 2010 bewältigt habe, dass man dann im nächsten Schritt versuche, im Zeitraum 2010 bzw. 2011 bis 2013 durch weitergehende Maßnahmen das Ziel zu verfolgen möglichst auch in diesem Zeitraum ohne weitere Kreditaufnahmen auszukommen. Zur vorliegenden Vorlage merkt er an, man habe nun die nächste Stufe vorgelegt, die über die 17 Mio. jährliche Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen hinausgeht und sowohl den Verwaltungs- als auch den Vermögenshaushalt umfasst. Dies sei ein ambitioniertes, aber wenn der Gemeinderat mehrheitlich mitziehe, ein machbares Ziel, um trotz der schwierigen Rahmenbedingungen es auch im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung zu schaffen ohne Kreditaufnahmen auszukommen. Wenn man mit einbeziehe, dass man jährlich eine Größenordnung von etwa 400.000,-- Euro Regeltilgung habe, würde das dazu führen, dass man nicht nur keine neue Schulden aufnehme, sondern gleichzeitig die vergleichsweise niedrige Verschuldung schrittweise weiter abbauen könne. Man schlage vor, zunächst wieder ein Ziel vorzunehmen, um dann im zweiten Schritt Maßnahmen umzusetzen. Er geht anschließend kurz auf die Anlage zur Vorl.Nr. 282/10 ein.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) macht ergänzende Ausführungen und verweist auf die im übernächsten Tagesordnungspunkt zu behandelnde Vorlage Nr. 263/10 bei der es um die Freigabe der Verfügungsbeschränkungen gehe. Aus dieser Vorlage und im Nachtragshaushalt werde es auch deutlich, dass es gelungen sei durch die teilweise pauschalen Kürzungen, aber auch durch Konkretisierungen im Nachtrag die Einsparungen für 2010 zu erreichen. D.h. insgesamt knapp 1 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt einzusparen und zusätzlich die Globale Minderausgabe, die bei 1,45 Mio. Euro lag aufzulösen und zu konkretisieren. Auch die notwendige weitere Konsolidierung werde nochmals schwieriger, da man bereits jetzt bemerke, dass man mit den Budgets an die Grenzen komme, auch im Bereich der Personalkosten. Man müsse einerseits die Aufgaben erfüllen, neue Aufgaben hinzukommen, schwerpunktmäßig Thema Kinderbetreuung, und man alle Möglichkeiten versuche, auch die Abläufe und Strukturen zu optimieren und zu verbessern, um dadurch insgesamt eine höhere Effizienz zu erreichen. Es handle sich um ein sehr ambitioniertes aber notwendiges Ziel. In der konjunkturellen Entwicklung gebe es noch einige Risiken. Auf der einen Seite habe man nun ganz aktuell einen aktualisierten Haushaltserlass auf der Basis der Mai-Steuerschätzung bekommen, der zumindest im Bereich des Anteils der Einkommenssteuer leichte Verbesserungen und auch im Bereich des Familien- und Leistungsausgleich Verbesserungen gebracht habe. Aber insgesamt habe sich gezeigt, dass die vorsichtige Planung, die man bereits mit dem Finanzplan 2011 bis 2013 zum Haushalt 2010 gemacht habe, was die Entwicklung der Steuereinnahmen anbelange, dass sich diese vorsichtige Planung durch die aktuellen Daten bestätigt habe. Das Jahr 2011 werde aufgrund der Finanzausgleichsmechanismen nochmals schlechter als das Jahr 2010, so dass man auch mit den Rücklagen an die Grenzen dessen komme, was man aus den Rücklagen finanzieren könne. Auch aus diesem Grunde sind weitere Einsparungen sowohl im Verwaltungshaushalt und auch im Vermögenshaushalt erforderlich.

OBM **Spec** fügt hinzu, dies sei im mittelfristigen Bereich nicht eine zusätzliche Verschlechterung gegenüber der Finanzplanung 2011. Sondern die Finanzplanung weise aus, dass man aufgrund der Finanzausgleichs-Effekte (FAG-Effekte) 2011 weniger Einnahmen habe.

In der sich anschließenden Aussprache führt Stadtrat **Dr. Schwytz** für die CDU-Fraktion aus, dem Ziel keine zusätzlichen Kredite aufzunehmen, stimme man zu. Weiter stellt er fest, den Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlags stimme man ebenfalls zu. Zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlags merkt er an, dies könne er nicht beurteilen. Wenn die Verwaltung sage, dies sei die Zielvorstellung, dann müsse man dies akzeptieren. Wichtig sei, dass die Verwaltung in Abstimmung mit dem Gemeinderat die Zielvorstellungen in den Nachtragshaushalt und in den Haushaltsentwurf 2011 einarbeite. Dann habe man in diesem Rahmen die Möglichkeit dies zu diskutieren.

Zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlags merkt OBM **Spec** an, die erwähnten 10 Mio. Euro seien eine „Marke“. Das eigentliche Ziel sei, dass man im gesamten Zeitraum keine Kredite aufnehmen wolle. Das Anliegen hier sei nur für den Fall, dass Entwicklungen kommen die man im Moment nicht einschätzen könne, dass man trotzdem, selbst in einer noch ungünstigeren Situation, mit einer Deckelung arbeiten wolle. Das Kernziel stehe in Ziffer 1 des Beschlussvorschlags.

Stadtrat **Dr. Bohn** stellt fest, die SPD-Fraktion tue sich schwer. Es sei klar, dass man Ziffer 1 des Beschlussvorschlags zustimme. Ziffer 2 des Beschlussvorschlags könne man nicht beurteilen. Deshalb falle es schwer zuzustimmen, da man nicht wisse, was man einsparen müsse. Es seien sehr viele Unbekannte und deshalb falle es schwer zuzustimmen. Ziffer 1 stimme man zu, bei den anderen Punkten sei man äußerst vorsichtig. Hier könne man, bevor man nichts näheres wisse, die Hand nicht erheben.

OBM **Spec** verweist auf die Auflistung in der Anlage zur Vorlage, in der erste Details aufgeführt seien.

Stadtrat **Weiss** erklärt, die FW-Fraktion könne im Moment der nicht uneingeschränkt der Vorlage zustimmen. Zum Beschlussvorschlag Ziffer 2 führt er aus, man sei nicht begeistert, wenn hier ein Drittel aus den Einnahmen und zwei Drittel aus den Kosten bestritten werden sollen. Bei Betrachtung der Auflistung in der Anlage, dann sei es klar, dass die Einnahmen hier nicht nur Gebühren, sondern auch Grund- oder Gewerbesteuer sein müsse. Diese Frage sei noch offen. Die FW-Fraktion sage hierzu, man könne nicht noch mehr Einnahmen von den Bürgern erzielen die nicht mehr belastbar sind. D.h. man müsse versuchen die Kosten zu reduzieren und hier sehe die FW-Fraktion noch viel Luft, ohne das Drittel von den Einnahmen. Weiter merkt er zu Ziffer 1 an, wenn man die Einnahmen nicht erhöhen wolle, dann müsse man auch für Kreditaufnahmen offen sein. Die Aufnahme von Krediten tue in der heutigen Zeit aufgrund der Zinslandschaft nicht weh. Die FW-Fraktion sei hier nicht uneingeschränkt der Meinung, dass man hier ohne Kreditaufnahmen aufkommen müsse. Er stellt weiter fest, dass man Ziffer 3 nicht zustimme und Ziffer 4 sei insoweit erledigt, indem man sage, dass man beim Verwaltungshaushalt nicht die Einnahmen, sondern nur Kostensenkungen einplane und im Investitionsbereich auch noch Investitionen verschiebe. Nicht alles müsse in den nächsten 3 Jahren gebaut werden. Wobei er nicht die notwendigen Schulsanierungen oder Straßensanierungen meine, sondern andere Investitionen. Wenn man dann Grundstückserlöse in Höhe von 8 Mio. Euro sehe, so habe die FW-Fraktion gesagt, dass diese in die Rücklage aufgenommen werden sollten. Die FW-Fraktion sei der Meinung, mehr restriktive Politik zu betreiben, auch wenn möglich mit Kreditaufnahmen.

OBM **Spec** erwidert zu den Aussagen seines Vorredners, der Vorschlag der Verwaltung beinhalte nicht, dass man festlege, in welchem Verhältnis man Einnahmen verbessere und Ausgaben reduziere. Die Überlegungen zielen darauf ab überwiegend den „Hebel“ auch, wie bislang, im Ausgabenbereich anzusetzen. Wie dies im Detail auf den Ausgaben- und Einnahmebereich aufgeteilt werde müsse sicher in der nächsten Runde nochmals diskutieren.

Weiter erinnert er in diesem Zusammenhang, dass man sich mit großer Mehrheit verständigt habe deutlich mehr für den Bereich Bildung und Betreuung zu tun. Er stellt weiter insbesondere fest, wenn man in diesem Bereich mehr tun wolle, dann müsse man auch zu Ausgabenreduktionen bereit sein. Er weist darauf hin, dass man im Bereich Bildung und Betreuung jährlich 10 Mio. Euro zusätzlich ausgeben.

Es folgt eine kurze Aussprache insbesondere zu den anteiligen Finanzierungsquoten der Eltern, des Bundes und des Landes, sowie der Kommunen im Bereich der Kinderbetreuung an der sich die Stadträte **Weiss**, **Dr. Vierling** und OBM **Spec** beteiligen.

Stadtrat **Dr. Vierling** zeigt sich erstaunt über die Aussage von Stadtrat **Weiss**, dass es aus Sicht der Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 22.06.2010

FW-Fraktion nun Zeit wäre neue Schulden zu machen und damit auf die eigene Finanzierung von laufenden Ausgaben zu verzichten. Weiter geht er auf die vorliegende Vorlage ein und stellt fest, das vorliegende Sparprogramm umfasse nur gut zur Hälfte eigentliche Anstrengungen im Sinne von laufenden Einnahmeerhöhungen und Ausgabenkürzungen, da der Anteil von Einmal-Einnahmen, bspw. Veräußerung von Grundstücken, sehr hoch sei. Die in der Vorl.Nr. 282/10 vorgeschlagenen Proportionen halte man für angemessen. Er könne bzgl. den Rahmenbedingungen Zustimmung signalisieren. Allerdings fange die Problematik dann an, wenn das Ganze umgesetzt werden solle. Dann müsse man über Inhalte sprechen und es werde dann die Frage sein, ob man nicht andere Prioritäten setze, so dass es im Endeffekt, trotz des Wunsches zu diesem Volumen zu kommen, am Ende mit der Zustimmung von einzelnen Fraktionen nicht funktionieren werde. Zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlags merkt er an, man halte nichts von einem Vorratsbeschluss. Er sei der Auffassung, dass man über diese Eventualität dann sprechen sollte, wenn ungünstige Umstände eintreten sollten. Zur Vorl.Nr. 265/10 merkt er an, hier sehe man keine Entscheidungsmöglichkeit, da man nicht wisse was hinter den einzelnen Zahlen stehe. Außerdem sei man der Meinung, dass hier dem Nachtragshaushalt 2010 vorgegriffen werde. man müsste diese Fragen im Zusammenhang mit den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2010 beraten.

OBM **Spec** stellt fest, die Ziffer 3 des Beschlussvorschlags verstehe die Verwaltung nicht als Vorratsbeschluss. Weiter schlägt er Stadtrat Dr. Vierling vor, seine Überlegungen schriftlich zu dokumentieren, so dass sich der Fachbereich Finanzen im Detail damit auseinandersetzen könne.

Stadtrat **Dr. Heer** erklärt, die FDP-Fraktion stimme Ziffer 1 und Ziffer 2 des Beschlussvorschlags zu. Ziffer 3 könne man nach Meinung seiner Fraktion streichen. Er schließe sich hier der Auffassung von Stadtrat Dr. Vierling an. Zu Ziffer 4 des Beschlussvorschlags merkt er an, dies verstehe sich von selbst. Weiter geht er auf das Thema Einnahmen und Einnahmeverbesserungen ein und stellt fest, diese sollten sich auf dem Gebiet der Entgelte und nicht auf dem Gebiet der Steuererhöhungen abspielen.

Für die Fraktion LUBU/Die Linke führt Stadtrat **Hillenbrand** aus, der Vorlage könne man eigentlich nicht zustimmen, da man sich mit der Vorlage festlege, ohne zu wissen was konkret komme. Er fordert, vor weiteren Einsparungen seien die bestmöglichen Einnahmeverbesserungen auszuschöpfen. Abschließend stellt er fest, er enthalte sich der Stimme.

Vor Eintritt in die Abstimmung fasst OBM **Spec** kurz die Strategie der Verwaltung zusammen. Anschließend stellt er die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlags der Vorl.Nr. 282/10 getrennt zur Abstimmung. Zunächst lässt er über Ziffer 1 abstimmen.

Ziffer 1 wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Anschließend stellt er Ziffer 2 zur Abstimmung.

Ziffer 2 wird mit 12 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Danach lässt er über Ziffer 3 abstimmen.

Ziffer 3 wird mit 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend lässt er über Ziffer 4 abstimmen.

Ziffer 4 wird mit 12 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Empfehlungsbeschluss:

1. Die Richtlinien für das Ludwigsburger Baukindergeld werden zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes ab 01.10.2010 aufgehoben.
2. Ab dem Zeitpunkt der Aufhebung des Baukindergeldes können Familien, Alleinerziehende und auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften mit mindestens einem Kind für den Bau oder Erwerb von selbstgenutzten Familienheimen oder Eigentumswohnungen auf städtischen Baugrundstücken für ihre Kaufobjekte bzw. Bauvorhaben ein Bauspardarlehen in Höhe von 10.000 €/ pro Kind bis zu maximal 30.000 € pro Familie von der **Wüstenrot** Bausparkasse zu einem Zinssatz von effektiv 3,11% p.a. zugeteilt bekommen.

Zu diesem Zweck wird die Stadt Ludwigsburg einen Bausparvertrag über eine Bausparsumme von 2 Mio. € abschließen und hierzu ein Bausparguthaben von 1 Mio. € aus bereits bestehenden Bauspar-Altverträgen einsetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Ziffer 1 wird mit 13 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Ziffer 2 wird mit 2 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Hornung** (FB Liegenschaften) und OBM **Spec** erläutern die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 263/10 kurz.

Anschließend folgt eine Aussprache innerhalb des Gremiums. Dabei hält Stadtrat **Dr. Schwytz** fest, das Baukindergeld war eine gute Sache, aber Förderprogramme tragen stets die Endlichkeit in sich. Er spricht weiter den Zeitpunkt für die Aufhebung der Richtlinien an und merkt an, man würde tendenziell die Aufhebung über einen begrenzten Zeitraum hinaus verschieben, die in Ziffer 2 vorgeschlagene Alternative begeistere nicht.

Stadtrat **Dr. Bohn** erinnert daran, dass die SPD-Fraktion dem Baukindergeld zugestimmt, von Anfang an jedoch gesagt habe, dass die 3.000,- Euro nur ein symbolischer Betrag sein können. Es sei nun der richtige Zeitpunkt, den damaligen Beschluss wieder aufzuheben. Zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlags merkt er an, wenn nun eine neue Förderung kommen sollte, dann sei man nicht mehr bereit diese ohne Einkommensgrenzen einzuführen. Er beantragt für die SPD-Fraktion im Sachzusammenhang:

Antrag

Die Verwaltung legt zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlags eine Regelung bzgl. Einkommensgrenzen vor.

Weiter erklärt er, wenn die Regelung für Einkommensgrenzen keine Mehrheit finde, dann stimme die SPD-Fraktion gegen den Vorschlag in Ziffer 2.

Stadträtin **Schneller** führt aus, Ziffer 1 der Vorlage stimme man zu. Der Vorschlag in Ziffer 2 der Vorlage sei keine Alternative, sondern behindere eine vernünftige Finanzierung. Sie stellt anschließend kurz das Thema Baufinanzierung dar.

OBM **Spec** ist der Meinung, dass man die Entscheidung den Bauherren überlassen sollte und stellt fest, der Verwaltungsaufwand für die Förderung nach Ziffer 2 sei minimal.

Stadtrat **Dr. Vierling** stellt fest, die Ausführungen von Stadträtin Schneller bestärken die Vorbehalte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Vorlage und gegen die Abschaffung des Baukindergeldes. Er beantragt für seine Fraktion im Sachzusammenhang:

Antrag

Das Baukindergeld wird einkommensabhängig weiter gewährt. Die Verwaltung legt einen Vorschlag für Einkommensgrenzen vor.

Im Rahmen der Beratung stellt Stadtrat **Hillenbrand** für die Fraktion LUBU/Die Linke im Sachzusammenhang den Antrag, dass in Ziffer 2 zusätzlich noch eine Einkommensgrenze aufgenommen wird.

Anschließend stellt OBM **Spec** fest, es erfolge getrennte Abstimmung.

Zunächst lässt er über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Fortführung des Baukindergelds auf Basis von Einkommensgrenzen) abstimmen.

Dieser Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Danach lässt er über Ziffer 1 der Vorl.Nr. 263/10 abstimmen.

Ziffer 1 der Vorl.Nr. 263/10 wird mit 13 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich als Empfehlung an den Gemeinderat beschlossen.

Anschließend erklärt Stadtrat **Dr. Bohn** für die SPD-Fraktion, dass der im Sachzusammenhang gestellte Antrag zurückgezogen werde.

Danach lässt OBM **Spec** über den Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke (Regelung in Ziffer 2 mit Einkommensgrenzen) abstimmen.

Dieser Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Sodann stellt OBM **Spec** Ziffer 2 der Vorl.Nr. 263/10 zur Abstimmung.

Ziffer 2 der Vorl.Nr. 263/10 wird mit 2 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend erklärt OBM **Spec**, der Antrag der FDP-Fraktion ist mit Beschluss der Vorl.Nr. 263/10 erledigt.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der FDP-Fraktion, Vorl.Nr. 644/09, ist mit Beschluss der Vorl.Nr. 263/10 erledigt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2, Vorl.Nr. 263/10.

Empfehlungsbeschluss:

- 1.) Die gemäß § 4 der Haushaltssatzung 2010 bestehenden Verfügungsbeschränkungen im Haushalt 2010 werden aufgehoben.
- 2.) Die bestehenden Verfügungsbeschränkungen werden im Rahmen des Nachtragshaushaltsplans 2010 mit einem Konsolidierungsvolumen von 982.050 € im Verwaltungshaushalt (*Anlage 1*) und 2.626.750 EUR im Vermögenshaushalt (*Anlage 2*) in echte Veränderungen der Plansätze umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Ziffer 1 wird mit 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Ziffer 2 wird mit 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 265/10, die anschließend von ihm und Herrn **Kistler** (FB Finanzen) kurz erläutert wird.

Stadträtin **Liepins** erkundigt sich zur Übersicht in Anlage 1, worin die Gründe für die hohe prozentuale Budget-Veränderung beim Bürgerbüro Bauen liegen.

OBM **Spec** sagt zu, dass diese Frage in der Sitzung des Gemeinderats beantwortet werde.

Stadtrat **Dr. Vierling** stellt in seinen Ausführungen die Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar und stellt dabei fest, dies sei ein Vorgriff auf den Nachtragshaushaltsplan und die Beratungen darüber. Ziffer 2 der Vorlage könne man deshalb nicht zustimmen.

Abschließend stellt OBM **Spec** zunächst die Ziffer 1 der Vorl.Nr. 265/10 zur Abstimmung, anschließend die Ziffer 2.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist einleitend auf die vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 274/10.

Frau **Roser** (FB Kunst und Kultur, Forum am Schlosspark) gibt den Bericht für das Jahr 2009 und das 1. Quartal 2010 ab. In ihren Ausführungen geht sie insbesondere auf die dem Gremium vorliegenden Zahlen aus dem Erfolgsplan ein.

Anschließend folgt eine kurze Aussprache innerhalb des Gremiums. Dabei danken und loben die Gremienmitglieder den vorgelegten Bericht.

Fragen aus dem Gremium zur Nutzung des Forums durch Vereine, zum städtischen Kulturprogramm und zur Belegung des Theatersaals werden von Frau **Roser** und Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) beantwortet.